

A13 Autoritäres Regionalstreben

Antragsteller*in: HILMAR HEIER (LAG_FREI (HE))

Tagesordnungspunkt: 1. Änderungsanträge zum Wahlprogramm

Antragstext

1 Seite 115, letzter Abschnitt:

2 Der folgende Satz:

3 Das autoritäre Hegemonialstreben einer chinesischen Regierung, das Menschen- und
4 Bürger*innenrechte systematisch aushebelt, zwingt Staaten nicht nur in
5 wirtschaftliche und politische Abhängigkeit, sondern spaltet auch Europa.

6 Soll geändert werden in:

7
8 Wir wenden uns gegen jede Art autoritären Hegemonialstrebens in der Welt, da es
9 politische und wirtschaftliche Abhängigkeiten schafft und demokratische
10 Menschenrechte zerstört, wogegen wir uns zur Wehr setzen.

11
12 Die folgenden Sätze/Teilsätze:

13
14 Zugleich wird eine globale sozial-ökologische Transformation ohne China, auch
15 ohne Russland oder Brasilien, nicht möglich sein. Das allein zeigt: ...

16
17 sollen entfallen.

18 Begründung:

19 Hegemonialbestrebungen, Vorherrschaft und Weltmachtstreben spalten. Sie sind
20 keine einenden Machtoptionen. Nur in gleichberechtigter Teilhabe und globaler
21 Kooperation sind die Völker un-serer Welt dazu in der Lage, die
22 Herausforderungen unserer Zeit und in der Zukunft zu meistern.

23
24 Die einseitige Anprangerung der chinesischen Regierung als Akt des Vorführens
25 hegemonialer Politik vor anderen Akteuren ist in keinerlei Art und Weise
26 geeignet, das größte Volk der Erde und seine staatlichen Organe in die Lösung
27 der anstehenden Herausforderungen in dieser Welt miteinzubinden und somit einen
28 aktiven Beitrag zum Weltfrieden zu leisten. Im Gegenteil: es trägt so nur zur
29 Verschärfung der Gegensätze und zur Zerstörung bisheriger diplomatischer
30 Anstrengun-gen bei.

31
32 China und seine Regierung werden aber bei der Lösung weltpolitischer Probleme
33 dringend ge-braucht. Und auch die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu
34 Deutschland sind für unsere nationale Wirtschaft von großer Bedeutung.

35
36 Unter dem Aspekt einer wahrscheinlichen Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/DIE
37 GRÜNEN bedarf es einer sorgsam abgewogenen Positionierung, die generell
38 kritisch-konstruktive Zu-sammenarbeit im internationalen Maßstab widerspiegeln
39 muss. Zum Dialog mit den Völkern dieser Welt und ihren jeweiligen Regierungen
40 und Systemen gibt es keine Alternative.

41 Wir dürfen uns nicht für kriegstreiberische Hetze Dritter vor deren Karren
42 spannen lassen!

43 Seite 116, erster Abschnitt:

44 Der folgende Abschnitt:

45 Das allein zeigt: Der Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und Diktaturen
46 ist real, lässt bisweilen nur die Wahl zwischen Regen oder Traufe – und stellt
47 uns vor derart beachtliche Aufgaben, dass jede Form des Alleingangs zum
48 Scheitern verurteilt wäre.

49 Soll folgendermaßen neu formuliert werden:

50 Basierend auf unserem System einer starken Demokratie und einer sozialen und
51 ökologisch ausgerichteten Marktwirtschaft, von deren Vorteilen wir überzeugt
52 sind, werden wir uns für die globale ökologische Transformation unter Beachtung
53 der Selbstbestimmung der Völker und der Menschenrechtscharta konsequent
54 einsetzen.

55 Begründung

56 Der angebliche Systemwettbewerb, der zurzeit geopolitisch zwischen den USA und
57 China ausgerufen wird, lenkt von den realen globalen Problemen – Klimaschutz,
58 Pandemiebekämpfung, fairer Ressourcenverteilung und Armutsmigration – nur ab. Um
59 so selbstbewusster und besser wir in Europa vorleben, dass unser oben
60 beschriebenes, auf der individuellen Freiheit basierendes System erfolgreich das
61 friedliche und prosperierende Zusammenleben der Menschen organisieren kann, ohne
62 dabei unsere Umwelt zu zerstören, um so weniger brauchen wir den herbei
63 gerufenen Systemwettbewerb zu fürchten. Wir sollten dieses Thema also
64 selbstbewusster und stärker betonen.

65 Seite 121 Absatz China ist zu modifizieren in:

66

67 CHINA

68 China ist Europas Wettbewerber, Partner, systemischer Rivale. Wir verlangen von
69 China Aufklärung über seine angeblich eklatanten Menschenrechtsverletzungen etwa
70 in Xinjiang und Tibet durch einen freien ungehinderten Zugang für die
71 Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte.

72 Wir wollen den konstruktiven Klima-Dialog mit China und wir streben gemeinsame
73 politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen zur Bekämpfung der
74 Klimakrise an. Die Kooperation mit China darf nicht zu Lasten von Drittstaaten
75 oder von Menschen- und Bürger*innenrechten gehen.

76 Wir halten uns an die „Ein-China-Politik“ und betonen, dass Chinas Vereinigung
77 nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans erzwungen werden darf.

78 Unsere Handelsbeziehungen mit China wollen wir nutzen, um fairen Marktzugang für
79 ausländische Investitionen, Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen
80 einzufordern. Wir erwarten, dass China die entscheidenden Kernnormen der
81 Internationalen Arbeitsorganisation ILO ratifiziert.

82 Wir werden an einer engen europäischen und transatlantischen Koordinierung
83 gegenüber China arbeiten, besonders auch in den Bereichen 5G-Ausbau und Schutz
84 kritischer Infrastruktur.

85 Begründung:

86 Sollten wir bei der kommenden BTW in die Regierung einziehen, dann werden
87 Bündnis 90/DIE GRÜNEN eventuell den/die AußenministerIn oder den/die KanzlerIn
88 stellen. Damit übernehmen wir direkt die Verantwortung für diese Funktionen.
89 Diplomatie hat aber tatsächlich etwas mit Verhandeln und nicht mit Bestrafen zu
90 tun. Diplomatie ist immer auf der Suche nach Lösungen. Es wird nach gemeinsamen
91 Ansätzen gesucht, anstatt sich in gegenseitigen Meinungen festzufahren. Dazu
92 gehört auch, den anderen nicht mit Argumenten und Forderungen zu überfahren.

93 Der vorgelegte Programmteil zu China stellt aber Vorwürfe als Fakten dar, die in
94 dieser Form juristisch bis heute nicht bewiesen wurden, und auf dem
95 diplomatischen Parkett unnötig Blockaden erzeugen können.

96 Deutschland und die Welt haben einen berechtigten Anspruch über die anhaltenden,
97 angeblich eklatanten Menschenrechtsverletzungen informiert zu werden. Solange
98 aber den deutschen Behörden keine eigenen, stichhaltigen Beweise hierzu
99 vorliegen (Drucksache 19/18890 aus 2020: „Die Bundesregierung bemüht sich zudem
100 intensiv darum, dass sich auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung
101 und Mitglieder des deutschen Bundestages ein eigenes Bild zu den aus ihrer Sicht
102 ungeklärten Fragen zu der Lage in Xinjiang machen können“), wäre es diplomatisch
103 ungeschickt, sich heute schon festzulegen. Außenpolitik kann nur bedeuten,
104 Kriege zu verhindern, weltweite Herausforderungen gemeinsam zu lösen, sich
105 gegenseitig zu respektieren und dafür zu sorgen, dass in Deutschland alle
106 möglichst gesund und nach den Regeln des Grundgesetzes leben können.

107 Mit der erweiterten Forderung der Hochkommissarin der Vereinten Nationen für
108 Menschenrechte einen freien, ungehinderten Zugang nach Xinjiang zu ermöglichen
109 werden zwischenstaatliche Verwerfungen, aufgrund einzelner Schuldzuweisungen
110 vermieden, aber das Aufklärungsbedürfnis von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und
111 unabhängigen Menschenrechtsorganisationen trotzdem verfolgt.

112 Bündnis 90/DIE GRÜNEN stehen für Klimaschutz und den Schutz der Menschenrechte.
113 Um diese beiden Themen nachhaltig verfolgen zu können, wäre es kontraproduktiv
114 den Einstieg in die nächste Bundesregierung mit einer außenpolitisch scharfen
115 Verurteilung Chinas, basierend auf Medienberichten, zu beginnen. Dies könnte,
116 sowohl für die von uns als gefährdet eingestuften Gruppen in China, als auch für
117 die in China aktive deutsche Wirtschaft (ca. 8000 deutsche Unternehmen sind in
118 China tätig) insgesamt, langfristig negative Auswirkungen haben.

119
120 Die Passage zum Lieferkettengesetz ist nicht China spezifisch und daher hier
121 nicht extra zu erwähnen.

122
123 Das Lieferkettengesetz wird zurecht in einem eigenen Kapitel „Lieferkettengesetz
124 europäisch umsetzen“ im Detail behandelt und trifft auf die gesamte Welt zu.